

Das "System" als Mäzen

Autor(en): **Held, Thomas / Wirth, Michael**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **81 (2001)**

Heft 4

PDF erstellt am: **16.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-166479>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

DAS «SYSTEM» ALS MÄZEN

Thomas Held,

geboren 1946, ist Direktor der Stiftung Zukunft Schweiz (Think Tank); Studium der Sozialwissenschaften und Germanistik an der Universität Zürich (Doktorat); 1983 Berater der Ringier AG für Redaktionskonzepte und Marketing, 1985–1986 Verlagsdirektor und Mitglied der Unternehmensleitung; Advanced Management Program der Harvard Business School; 1987–1989 Projektleiter Hayek Engineering AG; 1989 Gründung des Büros für Analysen und strategische Beratung in Zürich, 1992–2000 Geschäftsführungsmandat für die Entwicklung und Realisierung des Kultur- und Kongresszentrums Luzern; ab 1998 Geschäftsführungsmandat der gemischtwirtschaftlichen Projektierungsgesellschaft Uster Kern.

Der Trend ist unübersehbar: Die private Kultur-Förderung, das Sponsoring, wird in den kommenden Jahren noch zunehmen. Doch mit der Unterstützung grosser Unternehmen allein ist die Vielfalt des kulturellen Lebens in den Industriestaaten nicht finanzierbar. Der Staat muss weiterhin seinen Beitrag leisten. Wer heute den kompletten oder gar sofortigen Rückzug des Staates fordere, argumentiere ahistorisch, weil er den Anteil öffentlicher Gelder an der Entstehung der europäischen Kulturgeschichte verkenne, meint Thomas Held. Wünschenswert sei allerdings mehr Wettbewerb vor allem unter den grossen kulturellen Institutionen, die heute mit allzu grosser Selbstverständlichkeit in den Genuss öffentlicher Gelder kämen, oft ohne den Leistungsnachweis des Neuen, Einmaligen, Hervorragenden erbringen zu müssen. Kleinere Institutionen seien in dieser Hinsicht insgesamt viel leistungsorientierter. Mit dem Direktor des ersten Schweizer Think Tanks, der im vorigen Jahr ins Leben gerufenen «Stiftung Zukunft Schweiz», unterhält sich Michael Wirth.

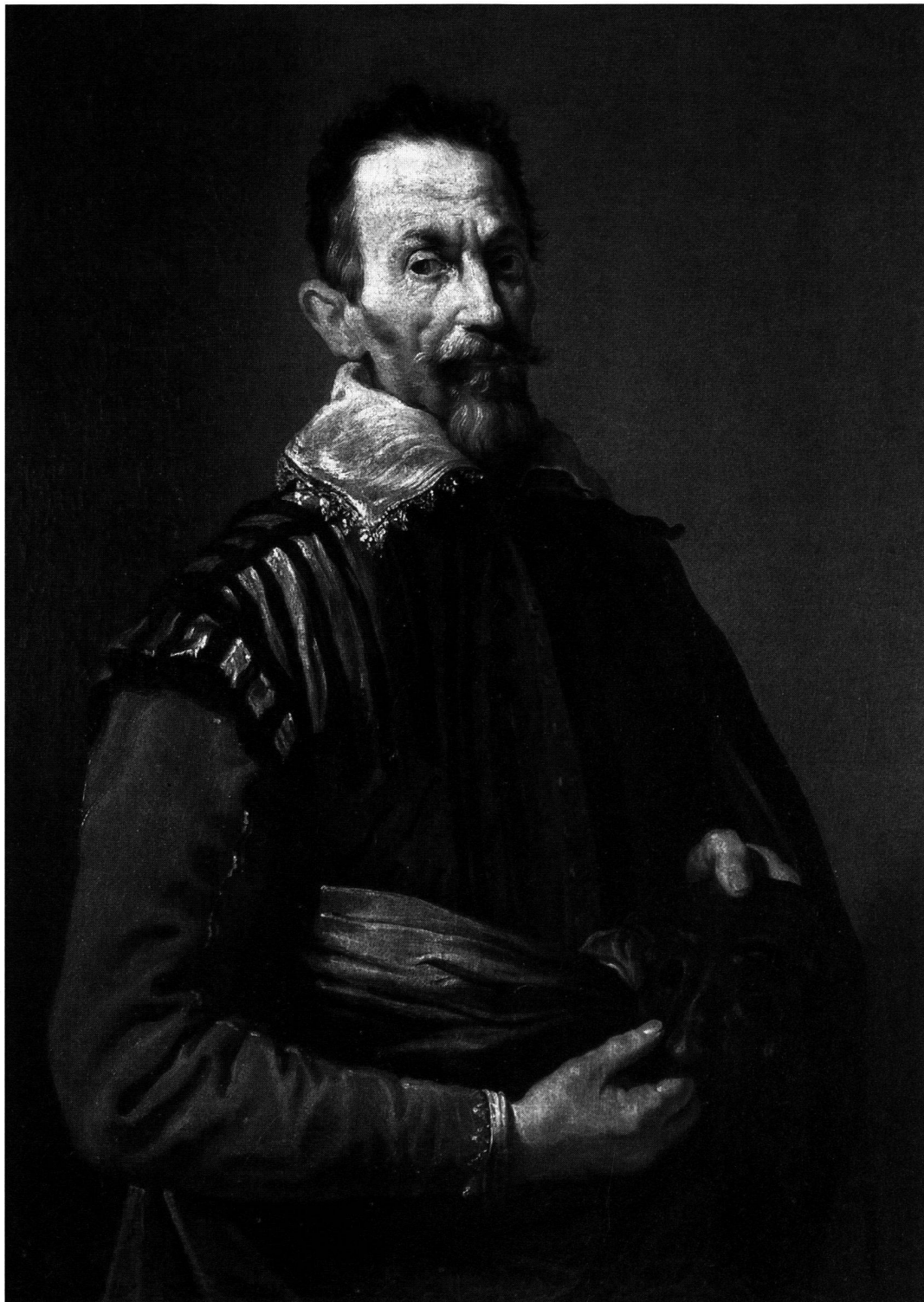
Michael Wirth: Max Frisch notierte 1948 in sein Tagebuch zum Kulturverständnis der Schweizer: «Unter Kultur verstehen wir wohl in erster Linie die staatsbürgerlichen Leistungen, die gemeinschaftliche Haltung mehr als das künstlerische oder wissenschaftliche Meisterwerk eines einzelnen Staatsbürgers». Gilt dies heute auch noch?

Thomas Held: Wenn wir heute vom Beitrag des Einzelnen sprechen, ist dies weit mehr als vor fünfzig Jahren untrennbar mit dem Begriff des Kultur-Konsumenten verbunden. Zu ihnen gehört ja nicht mehr allein der Theater-, Konzert-, Opern- und Kunstfreund, sondern auch der institutionelle Konsument, die Sponsoren mit-hin, die eine Vermittlungsfunktion zwischen kulturellem Angebot und ihren Kunden oder Mitarbeitern besetzen. In der Debatte um die staatliche Förderung stehen die Künstler etwas mehr im Vordergrund. Die Frage, die ja hier in den letzten Jahren immer wieder gestellt wurde – insbesondere bei den Performing Arts, wohl weniger bei den ökonomisch anders organisierten Beaux Arts – lautete: Führt eine staatliche Dauerförderung nicht zu einer Abschläpfung von Kreativität? Ich meine, nein. Interessante, originäre künstlerische Leistungen hat es immer gegeben, und es wird sie auch immer geben. Sie schielen zwar auch auf staatliches Geld, es ist jedoch nicht so, dass sie entstehen, weil es staatliches Geld zu verteilen gibt, son-

dern weil die Arbeit durch die Akzeptanz des Publikums honoriert wird, in dem Masse, wie es sich mit dem Gebotenen identifizieren kann.

Ist es nicht unbefriedigend, dass selbst originäre künstlerische Leistungen nicht aus sich selbst heraus den Weg zum Publikum finden, sondern dafür den Sponsor resp. den Staat brauchen?

Die Künste haben auch in früherer Zeit die Hilfestellung von Fürstenhäusern, der Kirche oder wohlhabender Bürger gebraucht. Was die Rolle des Staates als Mäzen betrifft, so käme die Forderung nach einem radikalen Rückzug des Staates einer ahistorischen Argumentation gleich. In den Stadtstaaten der italienischen Renaissance war der Mäzen sozusagen das «System»: Die Republik Venedig und nicht bloss private Familien finanzierten den Musikbetrieb und die Opernproduktion. Im 19. Jahrhundert übernahm auch hierzulande der liberale Staat, konkret meistens die Städte, zunehmend die Förderung und Finanzierung von unzähligen Theatern und Orchestern, die von den Fürsten gegründet worden waren. Selbst in den USA, wo der Anteil der Kulturförderung durch Private eine in Europa unerreichte Dimension hat, gibt es heute das «National Endowment of the Arts», ein Engagement des Staates. Insbesondere bei den *Performing Arts* erscheint es mir kaum praktikabel, dass sich der Staat



Claudio Monteverdi wurde von den Prokuratoren der Republik Venedig zum Kapellmeister von San Marco bestellt. Zeitgenössisches Porträt von Domenico Fetti.

zurückzieht. Der Trend wird freilich dahin gehen, dass die private Förderung auch in diesem Bereich zunimmt.

In den Achtzigerjahren kam es in Frankreich zu einer denkwürdigen Debatte: Der linksliberale Soziologe Pierre Bourdieu und der Rechtsintellektuelle Marc Fumaroli griffen die Politik des sozialistischen französischen Kulturministers Jack Lang frontal an; Bourdieu kritisierte, dass die staatliche Kulturförderung nach dem Giesskannenprinzip

erfolge, für viele Projekte seien die vom Staat vergebenen Beträge zu klein. Fumaroli argumentierte – aus kulturpessimistischer Sicht –, dass Lang auch Projekte minderer Qualität fördere. Soll der Staat Schiedsrichter sein, was die Qualität betrifft?

Die Resonanz des Publikums ist zweifellos ein wichtiger Faktor bei der Beurteilung von Qualität, der nicht übergangen werden darf. Es ist sicher richtig, dass der Staat keine künstlerischen Projekte fördern

sollte, bei denen kein Zuschauerinteresse zu erwarten ist. Mit Resonanz meine ich jedoch nicht nur den grossen Publikumerfolg, sondern auch die begeisterte Reaktion eines kleinen Publikums, das sich etwa im Luzerner Theater Stücke ansieht, hinter denen sich eine anspruchsvolle Recherche, ein hoher intellektueller und künstlerischer Anspruch und ein grosser Arbeitsaufwand verbirgt. Interessante Produktionen dieser Art entstehen doch häufig nur an kleinen Institutionen und sind mit bescheidenen Budgets zu realisieren. *Barbara Mundel* hat dies in Luzern gezeigt.

Die öffentliche Hand möchte natürlich auch gerne jene Wechselwirkung für sich nutzen, die darin besteht, dass die Förderung dieser oder jener Institution eine Stadt oder einen Kanton in positivem Licht erscheinen lässt. So stellt zum Beispiel der Kanton Waadt für die Tournées seines besten Pferdes im Stall, des Théâtre de Vidy, eine Ausfallgarantie. Kleinere Theater kommen nicht in den Genuss dieses Privilegs. Liegt in dieser Form der Zweiklassengesellschaft das Modell der Zukunft.

Tatsächlich fehlt heute der Wettbewerb zwischen den kulturellen Institutionen. Vor allem die grossen Häuser, Oper und Theater etwa, kommen ohne grosse Anstrengung ans öffentliche Geld. Ich würde mir wünschen, dass gewisse Förderkriterien respektiert werden müssten. Zu ihnen gehören nicht nur die bereits angesprochene Gunst des Publikums, sondern auch künstlerische Kriterien wie die Erst- und Einmaligkeit von Produktionen, der Aspekt des Innovativen, gute Kritiken in den internationalen Medien, internationale unabhängige Jurys, welche die Leistungsfähigkeit eines Hauses beurteilen. – In meinen Augen entsteht eine kulturelle Zweiklassengesellschaft aber auch auf einem ganz anderen Gebiet: Es gibt in der Schweiz leider auch eine öffentliche Kulturförderung – ich denke etwa an die Kulturkommissionen der grossen Städte –,

.....

Es gibt
— in der
Schweiz eine
öffentliche
Kultur-
förderung,
bei der es
gar nicht
allein um die
Kunst geht.
Da werden
Förderbeträge
aus sozialen
Gründen
gezahlt.

.....

bei der es gar nicht allein um die Kunst geht. Da werden Förderbeträge aus sozialen Gründen gezahlt, als eine Art «Ruhestellungsgeld», wenn ich es einmal so zugespitzt sagen darf, das gezahlt wird, um zu verhindern, dass politisches Geschirr zerschlagen wird. Das ist zu einer höchst problematischen Gewohnheit geworden, mag sie auch aus politischer Sicht verständlich sein.

Kultur als Standortvorteil wird zu einem wichtigen Förderungsargument...

Ja, den Wunsch, das erstklassige Opernhaus oder renommierte Theater zu besitzen, ist heute in der Tat eine Frage der Attraktivität eines Standortes. Hier nähern sich der Staat und der private Sponsor einander an, was die Motivation ihres Engagements betrifft: Auch der Staat scheint zunehmend die Frage nach dem *return* für die Unterstützungsleistungen zu stellen und zum Kriterium seiner Förderbereitschaft zu machen.

Bereits in den Sechzigerjahren besass die staatliche Förderung in Westeuropa einen sozialen Aspekt ganz anderer Art, nämlich den, Menschen den Zugang zur Kultur zu erleichtern, Hemmschwellen durch Verbiligung der Eintrittskarten abzubauen. Was ist davon heute übrig geblieben?

Die Inzidenz-Studien, die ich kenne, zeigen, dass faktisch die wenig Verdienenden und die viel Verdienenden den Kulturkonsum der mittleren Schichten finanzieren: die Ärmeren, weil sie an der Bildungskultur weniger teilnehmen, die Reichen, weil sie via Steuern viel mehr bezahlen als sie überhaupt konsumieren können. Die insgesamt höheren Preise bedeuten also zunächst mal ein bisschen mehr Kultur-Gerechtigkeit: Wer hinget, soll auch zahlen – und in der Tat ist ja der Besuch einer Rheingold-Aufführung oder eines Solistenkonzerts mit *Anne-Sophie Mutter* gemessen an der Ausserordentlichkeit des Erlebnisses immer noch sehr, sehr billig im Vergleich mit dem, was für Essen und Trinken ausgegeben wird. ♦